Badische Neueste Nachrichten | Baden-Baden | BADEN-BADEN | 12.06.2020 **Seite 17**

Baden-Baden erhält Finanzmittel von knapp 16 Millionen Euro

Landtagsabgeordneter Behrens drängt in schwierigen Zeiten auf eine nachhaltige Stärkung der Investitionskraft der Kommunen

Baden-Baden (BNN). Bei der Bewältigung der Corona-Pandemie bringt die Landesregierung weitere Liquiditätshilfen für die Kommunen auf den Weg. Der Stadtkreis Baden-Baden kann dabei mit zusätzlichen Mitteln in Höhe von 15,919 Millionen Euro rechnen. Dies teilt der Landtagsabgeordnete der Grünen, Hans-Peter Behrens, mit. Der Landkreis Rastatt erhält 17,978 Millionen Euro. Für die südlichen Kommunen im Landkreis Rastatt, die im Landtagswahlkreis liegen, werden separat rund 14 Millionen Euro ausgezahlt. Für die einzelnen Kommunen bedeutet dies: Die Stadt Bühl erhält 3,533 Millionen Euro, die Gemeinde Bühlertal 2,529 Millionen Hügelsheim 1,419 Millionen Lichtenau 1,222 Millionen Ottersweier 1,364 Millionen Rheinmünster 1,345 Millionen, Sinzheim 2,545 Millionen Euro.

„In dieser schwierigen Zeit ist es wichtig, dass das Land und die Kommunen Hand in Hand arbeiten, um die Krise zu bewältigen und wir den Kommunen eine verlässliche Perspektive bieten", betont Behrens. „Wir wollen die Investitionskraft der Kommunen stärken, sodass sie nachhaltige Mobilität, energetische Sanierung von öffentlichen Gebäuden oder den Ausbau der digitalen Infrastruktur weiter vorantreiben können", sagt Behrens. Zur Sicherung der kommunalen Liquidität habe man deshalb entschieden, die Schlüsselzuweisungen und die Kommunale Investitionspauschale weiterhin auf Basis des Haushaltsansatzes 2020 auszuzahlen. Dadurch erhalten die Kommunen für das erste Halbjahr 2020 rund 517 Millionen Euro mehr, als es auf Basis der aktuellen Steuerschätzung der Fall wäre.

Zahlreiche Unterstützungsleistungen habe das Land darüber hinaus bereits auf den Weg gebracht. So wurden für die Kommunen in Baden-Württemberg Soforthilfen in Höhe von 200 Millionen Euro für die Kommunen beschlossen. „Mit diesen Abschlagszahlungen beteiligt sich das Land an den Belastungen der Kommunen, wenn sie beispielsweise zur Unterstützung der Familien auf Elternbeiträge und Gebühren für geschlossene Kindertagesstätten, Kindergärten und andere Betreuungseinrichtungen verzichten oder Volkshochschulen oder soziale Dienste unterstützt werden.

Über die Soforthilfen hinaus hat das Land Beatmungsgeräte und Schutzausrüstungen auch für die kommunalen Kliniken beschafft, ohne diese in Rechnung zu stellen", sagt Behrens.

Zur weiteren Unterstützung der Kommunen und Familien stelle das Land knapp 40 Millionen Euro zur Verfügung, damit die Kosten für die Schülermonatskarte nicht abgebucht werden müssen.

Weiter verdoppele das Land die Mittel des Bundes zur Ausstattung der Schulen mit digitalen Endgeräten für bedürftige Schülerinnen und Schüler und spanne einen Rettungsschirm für einen funktionierenden öffentlichen Nahverkehr.